

Zweckverband Schienenpersonennahverkehr
Rheinland-Pfalz Süd
Bahnhofstraße 1
67655 Kaiserslautern

53. Verbandsversammlung am 21.12.2016 öffentliche Sitzung

TOP 10 Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts ab 2017 hier: Ausübung des Wahlrechts nach § 27 Abs. 22 UStG

Bisher war im bundesdeutschen Umsatzsteuerrecht für eine potenzielle Umsatzsteuerpflicht das Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art maßgeblich.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2015 (BGBl. vom 05.11.2015, Teil I, S. 1834) wurde die umsatzsteuerliche Behandlung der Leistungen der juristischen Personen öffentlichen Rechts ab 2017 grundlegend geändert und an europäisches Recht angepasst und u.a. ein neuer § 2 b UStG eingeführt.

Demzufolge sind alle juristischen Personen öffentlichen Rechts, also auch Zweckverbände, ab dem 01.01.2017 grundsätzlich umsatzsteuerpflichtig, wenn Einnahmen auf privatrechtlichen Vereinbarungen beruhen oder bei öffentlich-rechtlicher Tätigkeit das Handeln gleichzeitig zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führt (z.B. Beistandsleistungen bei interkommunaler Zusammenarbeit).

Der Gesetzgeber hat in § 27 Abs. 22 UStG eine Übergangsregelung in der Form vorgesehen, dass die von den Neuregelungen betroffenen juristischen Personen des öffentlichen Rechts das Wahlrecht haben, ob sie das neue Recht bereits ab 2017 anwenden wollen oder noch bis einschließlich des Jahres 2020 nach bisherigem Recht behandelt werden wollen.

Soweit vom Wahlrecht Gebrauch gemacht werden soll, ist die entsprechende Erklärung bis zum 31.12.2016 gegenüber dem jeweils zuständigen Finanzamt abzugeben (absolute Ausschlussfrist). Danach kann diese Erklärung jederzeit mit Wirkung ab dem jeweiligen Folgejahr widerrufen werden, ggf. sogar rückwirkend.

Das Wahlrecht kann nur einheitlich für alle Umsätze der juristischen Person ausgeübt werden. Die umsatzsteuerrechtlichen Regelungen im Übrigen bleiben unberührt.

Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd geht davon aus, dass er von der Neuregelung derzeit nicht betroffen ist, da ÖPNV-Leistungen aufgrund des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz von No-

vember 1995 im Ergebnis nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Des Weiteren erfolgt beim ZPSPNV Süd per se keine entgeltliche Leistungserbringung.

Da jedoch nicht zu 100% ausgeschlossen werden kann, dass alle Tätigkeiten des Zweckverbandes vollumfänglich von der Neuregelung ausgeschlossen sind und zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zahlreiche Rechtsunsicherheiten zur Neuregelung bestehen (neue, noch unbestimmte Rechtsbegriffe, deren konkrete Erläuterung und Auslegung bisher nicht vorgenommen wurden), empfehlen wir vorsorglich die sog. „Optionserklärung“ beim Finanzamt abzugeben, um das alte Recht bis zu weiteren vier Jahren anwenden zu können. Dies erscheint unschädlich und gibt die Möglichkeit, innerhalb des Übergangszeitraums evtl. aus der Neuregelung erforderliche Maßnahmen zu identifizieren und zu ergreifen.

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung beschließt, dass der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd von der Möglichkeit der Option nach § 27 Abs. 22 UStG Gebrauch macht und beauftragt den Verbandsvorsteher, die erforderliche Optionserklärung gemäß § 27 Absatz 22 UStG auf Beibehaltung des alten Rechtsstands bzgl. der Umsatzsteuerpflicht rechtzeitig vor dem 31.12.2016 gegenüber dem Finanzamt abzugeben.